

**Fluglärmstreit**

**Neue Drohung aus dem süddeutschen Raum**

ZÜRICH/WALDSHUT Der Waldshuter Landrat Tilman Bollacher hat kein Verständnis dafür, dass die Schweiz trotz deutscher Kritik die Ratifizierung des Fluglärmstaatsvertrages vorantreiben will. Ohne Nachverhandlungen sei der Vertrag tot.

Am Vertrag müsse so lange gearbeitet werden, bis er auf beiden Seiten auf Akzeptanz stosse, sagte der an den Verhandlungen beteiligte Bollacher gestern in einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung». Im vergangenen August habe er den Vertrag verteidigt. Wie die Entwicklung zeige, sei dies ein Fehler gewesen.

Dass die Schweiz die Ratifizierung des Staatsvertrages ungeachtet der deutschen Kritik durchziehen will, stösst bei Bollacher auf Unverständnis. «Für mich zeigt das, dass der Vertrag zum Nachteil von uns Südbadenern unausgewogen ist. Sonst würde man sich in der Schweiz nicht so beeilen.» (sda)

**Journal**

**Raser: Bundesrat gegen zwingende U-Haft**

BERN Der Bundesrat lehnt die Idee ab, bei Raserunfällen die mutmasslichen Täter immer in Untersuchungshaft zu setzen. Dies schreibt er in einem Bericht, den der Nationalrat bestellt hatte. Bei Wiederholungsgefahr könne bereits Untersuchungshaft angeordnet werden. Ein Automatismus würde gegen die Unschuldsumsetzung und gegen die Verhältnismässigkeit verstossen.

**Neuer Status für die Delegation der Palästinenser**

BERN Die Anerkennung Palästinas als Beobachterstaat in der UNO hat auch in der Schweiz Auswirkungen. Der Bundesrat passte gestern den rechtlichen Status der Generaldelegation Palästinas in Bern an. Es gelten neu die üblichen Regeln für diplomatische Beziehungen.

**Keine Einkommenssteuern mehr auf Lottogewinne**

BERN Wer im Lotto gewinnt, soll auf seinem Gewinn künftig keine Einkommenssteuern mehr bezahlen. Das schlägt der Bundesrat zur Umsetzung des neuen Geldspielartikels in der Verfassung vor. Zudem will er Online-Casinos zulassen. Während Lottogewinne heute besteuert werden, sind Gewinne im Casino steuerfrei. Diese Ungleichbehandlung will der Bundesrat beheben. Mit der Besteuerung von Lotteriegewinnen nehmen Bund und Kantone heute jährlich rund 120 Millionen Franken ein. Die Steuerausfälle würden nach Ansicht des Bundesrates kompensiert, da das Spielen attraktiver würde und damit mehr Erträge an gemeinnützige Projekte gingen.

**Film über Abzocker-Initiative soll nicht gezeigt werden**

ZÜRICH Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat entschieden, den Kurzfilm von Regisseur Michael Steiner gegen die Abzocker-Initiative nicht auszustrahlen. Economiesuisse befürchtet, das Video könnte im Rahmen eines direktdemokratischen Prozesses «als Drohung und als unnötige Provokation» missverstanden werden, schrieb Economiesuisse gestern. Deshalb werde darauf verzichtet, den Film zu zeigen – sowohl während als auch nach der Kampagne. Der Regisseur sei damit einverstanden. Im Film «Grounding 2026» thematisiert Steiner im Auftrag von Economiesuisse den Schaden, der aus Sicht des Wirtschaftsdachverbandes durch ein Ja zur Abzocker-Initiative entstünde.

**Reserven sollen Blase vorbeugen**

**Um zu verhindern**, dass der Immobilienmarkt überhitzt, schreibt der Bundesrat den Banken vor, ab Ende September ein Prozent mehr Eigenmittel zu halten.

VON EVELINE RUTZ

BERN Der Bundesrat beobachtet die Entwicklung des Immobilienmarktes mit Sorge. Er befürchtet, dass die Preise weiter steigen und die Hypothekarverschuldung zunimmt. Um einer Immobilienblase vorzubeugen, hat er gestern die Notbremse gezogen. Er hat einem Antrag der Schweizerischen Nationalbank (SNB) stattgegeben und den sogenannten antizyklischen Kapitalpuffer aktiviert.

Ab dem 30. September müssen Schweizer Banken demnach ein Prozent mehr Eigenmittel für Wohnbauhypotheken halten. Ziel ist es, ihre Widerstandskraft und damit die Volkswirtschaft an sich zu stärken. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf sprach vor den Medien von einem «zurückhaltenden Instrument». Zahlreiche Finanzinstitute seien bereits aktiv geworden und hätten Reserven gebildet. Betroffen seien 20 bis 25 Prozent des gesamten Hypothekenvolumens. Der Kapitalpuffer belaufe sich auf rund 3 Milliarden Franken, rechnete Serge Gaillard, Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV), vor. Bereits während der Übergangsfrist werde die Massnahme zu wirken beginnen, müssten die Banken doch entsprechende Mittel zurücklegen.

Der antizyklische Puffer ist ein junges Instrument: Er ist erst im Juli 2012 mit der neuen Eigenmittelverordnung



Notbremse gezogen: Die Banken müssen künftig mehr Eigenmittel für Hypotheken halten.

Bild Key

eingeführt worden. Ende 2012 liess die SNB erstmals verlauten, dass sie darüber nachdenke, ihn einzusetzen. Am 5. Februar stellte sie dem Bundesrat einen entsprechenden Antrag. Sie ging dabei allerdings deutlich unter die Obergrenze von 2,5 Prozent. Die Situation sei noch nicht so alarmierend wie unmittelbar vor dem Ausbruch der Immobilien- und Bankenkrise Ende der 1980er-Jahre, so die Begründung. Man komme aber nicht darum herum, präventiv einzugreifen. Sobald sich die Situation entschärfe, könne der Puffer reduziert oder deaktiviert werden.

Die Finanzmarktaufsicht Finma hatte der Nationalbank in der vorgängigen Anhörung empfohlen, etwas zuzuwarten. Sie wollte die neuen Eigenmittelbestimmungen und die Selbstregulierung, welche die Finanzinstitute im Juli 2012 beschlossen hatte, erst wirken lassen. Die SNB kam indes zum Schluss, dass sich ein verspätetes Eingreifen als

kontraproduktiv erweisen könnte. «Niemand ist besser in der Lage, das Risiko einer Immobilienblase zu beurteilen, als die SNB», so EFV-Direktor Gaillard.

**«Hot Spots» im Vordergrund**

Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) räumt zwar ein, dass die Lage am Immobilienmarkt angespannt sei. Dabei stünden jedoch «Hot Spots» – dazu zählen etwa Zürich und Genf – im Vordergrund. Die Gefahr einer flächendeckenden Immobilienblase bestehe zurzeit nicht. Der antizyklische Kapitalpuffer sei zudem zu grob definiert und setze falsche Anreize. Es bestehe die Gefahr, dass sich Kreditkosten erhöhten. Dies befürchtet auch der Hauseigentümerverband (HEV). «Es trifft alle, die Hypotheken haben», sagt Direktor Ansgar Gmür. Nicht nur Schwellenhaushalte, sondern auch Personen mit einer guten Bonität würden künftig stärker zur Kasse gebeten. So

gar Fixhypotheken könnten teurer und dank entsprechender Klauseln gekündigt werden. «Der Bundesrat wollte eine psychologische Wirkung erzielen», vermutet Gmür. Die Massnahme komme jedoch zu früh: «Die Finma hätte noch einige Instrumente in der Hand gehabt; notfalls kann sie Banklizenzen aufheben.»

Aus Sicht des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes handelt die Regierung zu spät und falsch. «Man hätte längst eine höhere Belehnungsgrenze und eine Amortisationspflicht festlegen sollen», sagt Geschäftsführer Peter Macher. Davon hätten gerade Schwellenhaushalte profitiert. Er will sich dafür einsetzen, dass sich der Kapitalpuffer nicht negativ auf den Referenzzinssatz für Mieten auswirkt.

Der Bundesrat will damit auch ein Zeichen setzen. «Wir gehen davon aus, dass das eine Signalwirkung hat», so Widmer-Schlumpf.

**«Werde für die Patrouille Suisse kämpfen»**

**Die Patrouille Suisse** fliegt möglicherweise nur noch bis 2016. Das gab Verteidigungsminister Ueli Maurer gestern bekannt. Für den Schaffhauser SVP-Nationalrat und Pilot Thomas Hurter wäre das ein herber Verlust.



**Thomas Hurter**  
Nationalrat und Pilot

auf, was für eine Präzision und ein Können wir haben. Damit zeigen wir der Welt, dass die Schweizer Luftwaffe eine hervorragende Leistung erbringt. Patrouille Suisse ist nicht nur für die Luftwaffe oder für die Armee, sondern für die ganze Schweiz wichtig.

*Die Patrouille Suisse ist für Sie unverzichtbar?*

**Hurter:** Unverzichtbar würde ich nicht sagen. Aber ich werde dafür kämpfen, dass die Patrouille Suisse in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt. Bei ihr stimmt auch die Kosten-Nutzen-Balance: Sie kostet nicht sehr viel, hat aber eine unglaubliche Wirkung. Wenn wir heute über Olympia diskutieren oder dem Solar-Impuls auf militärischen Flugplätzen gratis einen Hangar zur Verfügung stellen, dann will ich das zwar nicht gegeneinander ausspielen, aber aufzeigen, dass wir das alles tun, um gegen aussen eine Wirkung zu erzielen.

*Der Bundesrat will die Ausgaben der Armee ab 2014 auf 4,7 Milliarden Franken beschränken. Hat die geforderte Abschaffung der Patrouille Suisse damit etwas zu tun?*

**Hurter:** Das ist für mich absolut kein Grund, sondern lächerlich. Die Patrouille Suisse kostet irgendwo zwischen 160 000 und 200 000 Franken im Jahr. Wer glaubt, durch eine Abschaffung

der Patrouille Suisse mehr Geld generieren zu können, ist auf dem Holzweg. Das Training, das die Patrouille-Suisse-Piloten machen, müssen sie ohnehin absolvieren – und es ist im normalen Armeebudget inbegriffen. Selbstverständlich stellt sich die Frage aber jetzt, wo wir weniger Kampfflugzeuge kaufen, ob wir von diesen wenigen einige noch speziell anmalen können. Ob diese Möglichkeit besteht, muss diskutiert werden.

*Herr Maurer wird sich etwas überlegt haben ...*

**Hurter:** ... da müssen Sie ihn selber fragen, nicht mich.

*... warum er Patrouille Suisse abschaffen will. Oder kommt das für Sie völlig grundlos?*

**Hurter:** Wenn wir so weitermachen und solche Institutionen abschaffen, machen wir uns im In- und Ausland je länger, je mehr zu einer Lachnummer. Schaffen wir innerhalb der Armee immer mehr ab, verlieren wir an Akzeptanz im Ausland. Das können wir uns nicht leisten.

*Die Abschaffung der Patrouille Suisse käme einem Akzeptanzverlust im Ausland gleich?*

**Hurter:** Das wird bestimmt wahrgenommen, ja. Momentan ist sie präsent, wird sie abgeschafft, hat das todsicher eine Aussenwirkung.

*Maurers Pläne haben bereits negative Reaktionen ausgelöst. Wie geht es im Parlament weiter mit der Patrouille Suisse?*

**Hurter:** Ich bin überzeugt, dass sich im Parlament eine Mehrheit finden wird, die sich gegen die Abschaffung einsetzen wird. Wir können doch nicht über eine Olympiade diskutieren und gleich-

zeitig finden, dass wir uns eine Patrouille Suisse nicht mehr leisten können. Eine Möglichkeit wäre, den jetzigen Flieger länger zu behalten und später auf die Mietvariante der Schweden umzuschwenken. Oder wir können uns auch für einen FH 18 einsetzen. Es gibt unzählige Varianten – man muss nur wollen. Es ist absolut noch nichts verloren.

*Interview Anna Kappeler*

**Buch Meier Buchverlag hat Patrouille Suisse porträtiert**

SCHAFFHAUSEN Das 1999 im Meier Buchverlag erschienene Buch «Patrouille Suisse» will, und wir zitieren dabei die Herausgeberin Marie-Christine Neining, die Schweizer Kunstflugstaffel dem Leser und Betrachter so zeigen, wie sie sich beim Zeitpunkt der Recherchen präsentiert hat.

Deshalb wurde die journalistische Form gewählt. Der Autor Peter Marthaler skizziert in seinem Text Situationen, die er im Sommer 1999 angetroffen hat. Um grösstmögliche Authentizität zu erzielen, wurden die Bilder von Fotograf Hansjörg Egger nicht elektronisch bearbeitet oder verfremdet. (r.)



**Hansjörg Egger, Peter Marthaler:**  
Patrouille Suisse, Meier Buchverlag, 1999, 136 Seiten, 40 Franken.